

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

31.03.2015

Bürokratieentlastung

Bürokratie abbauen und den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten, fordert die Unionsfraktion schon seit langem. In der letzten Sitzungswoche des Parlaments hat nun das Bundeskabinett das Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen. „Damit gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu befreien“, lobt Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das „Ja“ der Regierung zum Gesetzentwurf. Nicht nur der Mittelstand – auch Existenzgründer und vor allem junge Unternehmer, die sich am Wirtschaftsstandort Deutschland etablieren wollen, profitieren von den geplanten Entlastungen. Wie kann übermäßige Bürokratie abgebaut werden? Die Lösung ist das sogenannte „one in – one out“-Prinzip. Konkret heißt das: Für jede neue Verordnung muss innerhalb von einem Jahr eine alte Verordnung abgeschafft werden. Diese Regel soll nun den von der Wirtschaft kritisierten Anstieg von Bürokratie stoppen. Ab Juli soll „one in – one out“ eingeführt werden.

Hintergrund: Der für Bürokratieabbau zuständige Normenkontrollrat hatte im Oktober 2014 festgestellt, dass die Folgekosten von Gesetzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung innerhalb eines Jahres um 9,2 Milliarden Euro gestiegen seien. Die Kostentreiber, so der Normenkontrollrat damals, waren dabei insbesondere Neuregelungen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn und den Finanzmärkten.

Zu der durch das Bundeskabinett beschlossenen „Bürokratiebremse“ erklärte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer: „Der Gesetzentwurf ist ein erster notwendiger Schritt, um Unternehmen von überbordender Bürokratie zu entlasten. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen ist es wichtig, dass unnötiger Verwaltungsaufwand eingedämmt wird. Dies stärkt ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit den Wirt-

schaftsstandort Deutschland. In diesem Zusammenhang sollten alle aktuellen Vorhaben, auch die aus der jüngeren Vergangenheit, auf ihre Bürokratieauswirkungen hin abgeklopft werden. Dies gilt insbesondere für die umfangreichen neuen Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten im Rahmen des Mindestlohngesetzes. Denn die damit zusammenhängenden Bürokratiebelastungen treffen eben nicht nur die – wenigen – schwarzen Schafe in einigen Branchen, die den Mindestlohn nicht zahlen. Sie treffen vor allem die hunderttausend mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die ihre Mitarbeiter anständig entlohnen und trotzdem mit einem umfangreichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand konfrontiert sind.

Die CDU/CSU-Fraktion hat daher einstimmig einen Beschluss gefasst, wonach die Schwellenwerte für die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf 1.900 Euro abgesenkt werden sollen. Für Arbeitsverhältnisse mit geringfügig Beschäftigten soll eine Dokumentationspflicht dann nicht bestehen, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, aus dem sich der vereinbarte Stundenlohn und die Arbeitszeit eindeutig ergeben. Die CDU/CSU-Fraktion sammelt überdies weitere Problemfälle zum Mindestlohngesetz, um sie dem Bundesarbeitsministerium zeitnah zu übermitteln.“

Auf Anregung von Bundeskanzlerin Angela Merkel sind im Deutschen Bundestag konkrete Beispiele von Unternehmen und Verbänden gesammelt worden, die bei der Umsetzung der Dokumentationspflicht für das Mindestlohngesetz in der Praxis für Probleme gesorgt haben. Damit diese Beispiele in den laufenden Beratungen zu notwendigen Nachbesserungen des Mindestlohngesetzes Berücksichtigung finden können, werden die gesammelten Beispiele an den Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, weitergeleitet. Damit besteht die Hoffnung, dass der Koalitionspartner von den notwendigen Nachbesserungen im Sinne der Unternehmen überzeugt werden kann.

Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken

In der letzten Woche hat der Deutsche Bundestag einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur EU-Forschungspolitik und zur Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum beraten. Hierzu erklärte der zuständige Berichterstatter, Stefan Kaufmann: „Deutschland belegt in Europa bei der Projektbeteiligung und den Zuwendungen aus 'Horizont 2020' derzeit den ersten Platz. 'Horizont 2020' als Kerninstrument des Europäischen Forschungsraums ermöglicht einen zusätzlichen Investitionsschub sowie mehr Zusammenarbeit und Austausch über Ländergrenzen hinweg. Unser Ziel muss es sein, 'Horizont 2020' und die vereinbarte 'Investitionsoffensive für Europa' gemeinsam zu einer Erfolgsgeschichte für Forschung, Innovation und Wachstum in Europa zu machen. Dazu gehört insbesondere, der Grundlagenforschung mit dem Europäischen Forschungsrat als Flaggschiff der europäischen Spitzenforschung weiter höchste Priorität einzuräumen. Denn nur mit exzellenter Grundlagenforschung schaffen wir die Basis für den Wohlstand von morgen.“

Mittelständler bei Anlegern beliebt

Die Erschließung neuer Märkte, Produktentwicklung, Investition in neue Maschinen und Personalausbau – all das kostet ein Unternehmen Geld. Immer mehr Gesellschaften, darunter zahlreiche Mittelständler, haben sich daher in den vergangenen Jahren für die bankenunabhängige Form der Finanzierung über den Kapitalmarkt geöffnet. So wurden 2014 30 Emissionen von Mittelstandsanleihen mit einem Zielvolumen von 1,693 Milliarden Euro verzeichnet. Die Nachfrage nach solchen Angeboten ist hoch, denn Unternehmensanleihen versprechen eine Win-Win-Situation: Unkomplizierter Liquiditätsnachschub für die Unternehmen und vorzeigbare Zinsen für die Anleger (<https://www.fondsdiscount.de/magazin/beitrag/mittelstand-bei-anlegern-beliebt-1563/>).

Einsatz für bedrängte Christen im Nahen Osten

Der UN-Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Laurent Fabius befasst sich am heutigen Freitag mit der Frage, was gegen die Verfolgung religiöser und ethnischer Minderheiten im Nahen Osten getan werden kann. Dazu erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder: "Dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem Terror des 'Islamischen Staates' gegen Christen und Angehörige anderer Minderheiten im Nahen Osten befasst, ist ein bedeutender Schritt. Ich begrüße sehr, dass sich Frankreich, das derzeit den Vorsitz innehat, die Initiative dafür ergriffen hat. Denn die Welt-

gemeinschaft muss dringend mehr für den Schutz der bedrohten Minderheiten tun. Christen müssen auch in Zukunft in der Ursprungsregion ihres Glaubens leben können. Der menschenverachtende Terror des IS richtet sich gegen die kulturelle Vielfalt im Nahen Osten, aber auch gegen die Menschenrechte, von denen das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit eine herausgehobene Bedeutung hat. Die schreckliche Gewalt gegen Christen und andere Minderheiten, etwa den Jesiden, muss beendet werden.“

Schulen ans Netz

Tablet-Computer, Laptops, Smartphones – auf „digitale Endgeräte“ mag heute kaum noch einer verzichten. Auch die Wirtschaft ist längst in der digitalen Zukunft angekommen, Stichwort: Industrie 4.0. Nur an den Schulen stehen digitale Bildung und Medienkompetenz eher selten auf dem Lehrplan. Daher hat die Koalition in der letzten Sitzungswoche im Bundestag einen Antrag verabschiedet, mit dem sie sich unter anderem für den Einsatz digitaler Medien an Schulen, für eine entsprechende Fortbildung der Lehrer und den Anschluss von Schulen an Breitbandnetze ausspricht. Deutsche Schüler belegen einer internationalen Studie zufolge beim Wissen über und im Umgang mit digitalen Medien lediglich einen der mittleren Plätze. Eine solche Momentaufnahme stehe aber im Widerspruch zum Anspruch Deutschlands, eine fortschrittliche Bildungsnation zu sein, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- und SPD-Fraktion. Daher bedürfe es „politischer Initiativen sowohl im Bereich der Bereitstellung technischer Infrastruktur, der Hard- und Softwareausstattung als auch bei der gezielten Aus- und Fortbildung von pädagogischem Personal und von Lehrkräften“. Digitale Inhalte und Medienkompetenz müssten „fächerübergreifend und verpflichtend in den Bildungsplänen aller Schulstufen verankert werden“. Der Berichterstatter der Unionsfraktion für Digitale Bildung, Sven Volmering, veranschaulichte in seiner Rede im Plenum die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Thematik: „Wenn in einer Minute im Internet 204 Millionen E-Mails verschickt, 13,8 Millionen WhatsApp-Nachrichten versendet, 42.000 Fotos bei Instagram hochgeladen, 277.000 Tweets gesendet werden, dann ist das die Lebensrealität, in der unsere Kinder und Jugendlichen aufwachsen. Und dann darf die Schule auch nicht mehr der ‚Ort des digitalen Fastens‘ sein.“

Zitat

„Es wird irgendwann wahrscheinlich soweit kommen, dass ein Kühlschrank Spam verschickt.“ (Dirk Kollberg von der IT-Sicherheitsfirma Kaspersky Lab am 17. März 2015 auf der CeBIT)